

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Ww. Weis), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westenteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bantvereine Arien.

Nr 139

Sonnabend, den 19. November 1932

45. Jahrgang

Die plötzlich ausgebrochene Krise

Negative Parteiführerempfehlungen am Bußtag — Entscheidende Konferenz des Kanzlers bei Hindenburg

Rücktritt des Gesamtkabinetts

Rücktritt des Gesamtkabinetts

Reichspräsident von Hindenburg hat im Verlauf der Unterredung mit dem Reichskanzler von Papen am Donnerstag den Gesamtrücktritt des Kabinetts von Papen angenommen.

Vor der Entscheidung

Die Kräfte der Reichsregierung.

Berlin, 18. November.

Zu äußerst wichtigen Beratungen war das Reichskabinet am 11 Uhr zusammengetreten, es sollten Beschlüsse gefasst werden über die Erklärungen, die der Kanzler in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten nach dem Scheitern der Verhandlungen über die nationale Konzentration abgegeben hatte.

Der Reichspräsident wird aber nach Auffassung politischer Kreise nicht ohne weiteres den Gesamtrücktritt des Kabinetts entgegennehmen, er wird mahelgeheimlich erklären, daß ihm die Tatsache, daß das Kabinet für den Fall der Bildung einer nationalen Konzentration zum Rücktritt bereit ist, genüge.

Er werde nunmehr die Führer der Parteien, die für eine nationale Konzentration nach seiner Auffassung in Betracht kommen, empfangen.

In diesem Falle würde das Kabinet auf den Gesamtrücktritt verzichten. Es würde das Kabinet dann die Bereitwilligkeit zum Rücktritt für den Fall erklärt haben, daß die Verhandlungen des Reichspräsidenten Erlös haben.

Der Reichspräsident ist einverstanden, eine Klärung der innerpolitischen Lage in wenigen Tagen herbeizuführen. Ob er für die Verhandlungen zur Bildung der nationalen Konzentration einen besonderen Auftrag erteilen oder ob er die Parteien bitten wird, untereinander Zielsetzung zu nehmen und ihm bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Bericht zu erstatten, steht noch nicht fest.

Auf jeden Fall wird der Reichspräsident als Grundlag der nationalen Konzentration die Weiterführung der Aufgabenpolitik des jetzigen Kabinetts, die Weiterführung des Wirtschaftsprogramms und eine völlige Einigung der in Betracht kommenden Parteien über ein Programm für die Beilegung der Arbeitslosigkeit fordern.

Die Aussichten der Verhandlungen über die nationale Konzentration werden den politischen Kreisen als nicht besonders günstig angesehen.

Man erwartet bereits, was für den Fall des Scheiterns dieser Verhandlungen zu geschehen hat, wobei natürlich nur Maßnahmen besonders enger Natur in Betracht kommen, die, davon dürfen wir überzeugt sein, vom Reichspräsidenten, der allein die Verantwortung trägt, mit der ganzen Gewissenhaftigkeit, die ihm stets auszeichnet, behandelt werden.

Die Haltung des Zentrums

Die Zentrumsführer haben dem Reichstagler nachfolgende Ausführungen überreicht:

„Der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren Lage ist die Bildung einer Regierung, die in voller Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten und einer zielbewußten, festen Staatsführung die jetzt Monatelang unterbrochene Verbindung mit der Volkswirtschaft wiederherstellt und sich in einer festen Mehrheit den unentbehrlichen Rückhalt schafft.“

Nur so kann eine friedliche und organische Weiterentwicklung im politischen Leben der Nation gefordert werden. Nur so kann der deutschen Wirtschaft die Ruhe gewährleistet werden, die wesentliche Voraussetzung ihrer Erholung und ihres Aufstiegs ist. Nur so kann Deutschland in die weltwirtschaftlichen Auseinandersetzungen um seine Gleichberechtigung und finanzielle Wiedergewinnung mit der Autorität eintreten, welche die Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der außerordentlichen Verhältnisse verlangen.“

Die Zusammenfassung der politischen Kräfte zu einer starken Not- und Arbeitsgemeinschaft, deren Bildung fast durchwegs möglich ist, bleibt unter der gegenwärtigen politischen Führung und im Rahmen des gegenwärtigen Kabinetts ausgeschlossen. Hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß die Reichsregierung ohne weiteres Terzium durch einen freiwilligen Schritt ihrerseits dem Herrn Reichspräsidenten den Weg für die Durchführung der großen Sammelaktion frei macht.

Die Deutsche Zentrumspartei stellt für das Ziel der Schaffung einer starken, vorkoalitionären Regierung und für die bestmögliche Durchföhrung ihrer Aufgaben jede bereitwilligste verantwortliche Mitarbeit zur Verfügung.“

Die Taktik der NSDAP

Die Nationalsozialisten wollen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß eine persönliche Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Reichskanzler von Papen nicht in Frage komme. Die Ereignisse am Bußtag scheinen den Führer der NSDAP, veranlaßt zu haben, seine diesmalige Berliner Reise nicht besonders zu bestreuen.

Es verlaute, daß die maßgebenden Persönlichkeiten der NSDAP eine Denkschrift ausgearbeitet haben, die man als nationalsozialistisches Regierungsprogramm anerkennen könnte und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Partei es vorsehen werde, falls einer persönlichen Unterredung Hitler—von Papen dem Reichskanzler diese Denkschrift überreichen zu lassen.

Die Einladung, die Herr von Papen zu einer Unterredung mit Adolf Hitler ergehen ließ, sei schließlich mit einer Empfangsbefähigung beantwortet worden. Dagegen soll Hitler für eine Unterredung mit Hindenburg sich jederzeit bereithalten wollen.

Zugung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Am Reichstag trat die neugewählte sozialdemokratische Fraktion fast vollständig zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst erläuterte Dr. Breßler einen ausführlichen Bericht über die gesamte politische Lage. Er begründete dabei insbesondere den Wunsch des Fraktionsvorsitzenden, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer politischen Aussprache nicht Folge zu leisten.

Papen zurückgetreten

Berlin, 18. November.

Ämlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler erläuterte am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begünstigen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammenlegung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet er scheine, den Zusammenstoß dieser Kräfte zu vermeiden. Die SPD hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterredung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft scharf abgelehnt. Die NSDAP hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit ist, wobei sie es von vornherein ablehnte, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einwirkung aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, in heute vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie ihrem Amt in die Hand des Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei, ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung preiszugeben, nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücklicht auf Personen in dieser ja ersten Stunde keinen Raum haben sollte. Sie wünscht, dem Reichspräsidenten den Weg völlig frei zu machen, damit er als Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinet mit der Weiterführung der Geschäfte.“

Hindenburg empfängt die Parteiführer

Mit der Annahme der Demission des Reichskabinetts von Papen ist die weitere innenpolitische Entwicklung nun in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Er wird in Besprechungen mit einer Reihe von führenden Politikern versuchen, sobald wie möglich einen Ausweg aus den außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu finden. Eine Behlenigung dieser Bemühungen ist nach Auffassung der maßgebenden Kreise schon deshalb notwendig, weil vor allem das Interesse der deutschen Wirtschaft eine möglichst baldige Beendigung des jetzt beginnenden Zwischenstandes erfordert.

Darum werden die ersten Besprechungen auch bereits am heutigen Freitag stattfinden, und zwar hat der Reichspräsident für heute die Abgeordneten Hugenberg, Raas und Dingeldey zu sich bitten lassen. Alle drei Herren haben auch bereits zugefagt. Für Sonnabend sind telegraphisch Adolf

Hitler und Dr. Schäfer von der Bayerischen Volkspartei, die sich noch in München aufhalten, eingeladen worden. Die Sozialdemokraten sind nicht eingeladen worden. Als Begründung dafür wird der Ton und der Inhalt der Antwort angegeben, die sie dem Reichskanzler gegeben haben.

Gegenstand der Besprechungen mit den Parteiführern wird nicht nur die Beronenerfrage, sondern auch das wirtschaftliche und politische Programm einer künftigen Regierungspolitik sein. Die Verhandlungen mit den Parteiführern werden sich in zwei Etappen vollziehen. In der ersten wird der Reichspräsident mit den obenbenannten Politikern einzeln verhandeln. Diese Verhandlungen sind als Vorbesprechungen gedacht. Es soll damit der Einbruch vermieden werden, als wolle man die Parteiführer gewissermaßen überrennen. Der Reichspräsident will zunächst ihre Ansichten hören. Er wird Wert darauf legen, daß sie vorläufig in Berlin bleiben und nach den Vorbesprechungen mit ihm untereinander Föhlung nehmen, so daß Anfang nächster Woche die zweite Etappe der Verhandlungen einleiten kann, in denen sie den Reichspräsidenten Vorschläge machen. Heber den Inhalt der einzelnen Besprechungen soll zunächst nichts bekanntgegeben werden. Die Parteiführer werden ebenfalls, nichts darüber in die Öffentlichkeit zu bringen, bis ein Ergebnis vorliegt. Damit die Verhandlungen nicht durch vorzeitige Mitteilungen gestört werden.

Nach dem Plan des Reichspräsidenten wird damit gerechnet, daß dieses Ergebnis bereits für Mitte nächster Woche zu erlangen ist, das heißt, daß die Verhandlungen bis dahin zum Abschluß gekommen sind und der Reichspräsident damit seine Entschlüsse über die Neubildung der Reichsregierung treffen kann.

Neues Präsidialkabinet erstreckt

Berlin, 18. November.

Wie verlautet, hält Reichspräsident von Hindenburg auch weiterhin an dem Grundgedanken des Präsidialkabinetts fest. Als leistungsfähig ist ferner, daß der Außenminister des Kabinetts Papen, Freiherr von Neurath, auch dem neuen Ministerium als Außenminister angehören würde. Man verweist dabei darauf, daß der offizielle Standpunkt in der Veröffentlichung 3. B. demselben gegnügt wird. Im übrigen wird das neue Kabinet selbst kein Programm entwerfen müssen; Änderungen an dem Programm der Regierung Papen sind also ohne weiteres möglich.

Deutsche Tageschau

Reichsrat einberufen.

Das Reichsratsplenum ist jetzt für heute, Freitag nachmittags, einberufen worden. Aus der Tagesordnung steht vor allem die Beschlussefassung über die von den Reichsratsausschüssen beantragte Entschöpfung, die zu dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen und zur Frage der Reichsreform Stellung nimmt. Unter diesen Vorlagen, die dem Reichsrat zugeleitet wurden, ist das Verzeichnis von Gesetzentwürfen hervorzuheben, die die Zustimmung des Reichsrats schon vor der Auflösung des vorliegenden Reichstags erhalten haben, und die dem neuen Reichstag unverändert vorgelegt werden sollen.

Wolfgang von Gronau beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing den Filieger Wolfgang von Gronau und seine Begleiter auf seinem Weßhof, den Filieger Ober von Roth, den Reichsmarschall Franz Graf und den Filieger Graf Albrecht. Der Reichspräsident nahm mit lebhaftem Interesse den Bericht über den Weßhof entgegen und sprach seine aufrichtige Anerkennung und seine herzlichsten Glückwünsche zu der hervorragenden Leistung aus.

Breslauer Universität geschlossen.

An der Breslauer Universität hat es erneut zu Ausschreitungen als Professor Gohn nach längerer Pause wieder seine Vorlesungen aufnehmen sollte. Professor Gohn wurde mit Schmähdreden empfangen. Während der Vorlesung verließen die Studenten, von außen die Tür zum Hörsaal einwirkend, viermal wurde ein Stein auf ererblich werfen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Universität wurde darauf geräumt. Die Stundengebühren liegen sich dem Gebäude fort. Polizeikräfte wurden daraufhin in den Universitätsplatz. Der Rektor teilte mit, daß die Universität bis auf weiteres geschlossen sei. Der Rektor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität, Professor Dr. Walther, hat im Zusammenhang mit den Vorfällen die Defensionsgeföhre abgegeben und um ministerielle Unterstützung. Diesen Schritt begründet er mit Bedrohungen gegen seine Person in einem Breslauer Blatt.

Auslands-Rundschau

Aufhebung des Danziger Ermächtigungsgesetzes.

Der Hauptauschluß des Danziger Volkstages beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes, das am 28. Juni

Öffentliche Steuermahnung.

Die am 15. d. Mts. für den Monat November d. Ja. fällig gewordenen Steuern und zwar: Grundvermögens-, Hauszinssteuern und Gemeindefürsorge zur Grundvermögenssteuer sowie die Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage und nach dem Kapital für das III. Vierteljahr 1932 sind nunmehr binnen **drei Tagen** an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Eine Behändigung von Mahngeldern findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsversteigerung eingezogen werden.

Nebr. a. U., den 18. November 1932.

Wird veröffentlicht.

Die Stadtsteuerkasse.
Der Magistrat.

Spare mündelsteher bei der **Stadt-Sparkasse Nebr. a. U.**

Dem geehrten Publikum von Nebr. und Umgebung machen wir die ergebene Mitteilung, daß wir das Geschäft der über 50 Jahre bestehenden

Firma H. Barthel, Nebr. a. U.

am 15. November 1932 übernommen haben.

Wir werden stets bemüht sein, allen Wünschen unserer Kunden gerecht zu werden und bitten wir, unseren Geschäftsbetrieb regen unterstützen zu wollen.

Martin Barthel, Axel Materne.

Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr
im **Schützenhaus:**

Missions-Lichtbilder-Vortrag
über **Südwestafrika** (Missionar Reisenherz)
Platz 20 Wfa., Kinder- und Erwerbslohe 10 Wfa.

Gasthaus „Zum weißen Roß“

Sonnabend, den 19. November

Großes Schlachtefest
mit anschließendem gemüthlichem Schat.
Hierzu ladet freundlichst ein **Else Röllig.**

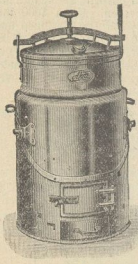
Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof“

Sonntag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr:

„So ist das Leben“
Der Herrgottschneider von Ammergau.
Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Noch ist es Zeit,
sich mit den billigen
Burkbraun-Happen
für 10 Wfg. das Stück, einzubeden.
Sichern Sie sich daher heute noch ein größeres
Quantum, damit Sie auf lange Sicht ein billiges
Volksnahrungsmittel im Hause haben.
Hugo Mägling.

Ihre Kartoffeln dämpfen Sie
vorteilhaft **nur mit dem Akra-Dämpfer,**



neues niedriges Modell,

er ist sparsam im Brennstoffverbrauch, sodaß sich die Anschaffung schon in kurzer Zeit lohnt.

Akra-Dämpfer sind führend.

Fordern Sie unseren neuen Prospekt.

Kyffhäuserhütte
Artern 6 Fernsprecher Artern Nr. 201.

KRAMA
Soll dein Schwein recht gedeihen,
Gib ihm täglich Krama ein.
„Krama“ kräftigt die Tiere und macht sie widerstandsfähiger gegen: Knochenweiche, Krämpfe, Keilen, Steifigkeit, Krümmern, Lecksucht, Rachitis.
„Krama“ ist echt nur in versiegelten Flaschen à 1,35 RM und größeren Packungen.
Zu haben: H. Ulrich, Apotheke Rossleben; O. Stolz, Apotheke Nebr.

Grippe
Erkältung, Nervosität, Erregungszustände, Schlaflosigkeit, Darmlähmung, Fettlosigkeit, Hustenanfälle, auch Wasserrucht. Vorgebeugt, grösste Erfolge durch den garantierten wohlschmeckenden
„Nerus“-Hunderlaff
Große Packung 2,75
Nebr.: Adler-Drog. Gutmuths
Feinste
Röhlkaffee's
empfehlen
Hugo Mägling

*Wenn Doktor nachhört, muß er...
Dafür nur noch fünf Minuten*

Miele Elektro-Waschmaschine
Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.
Erste Waschmaschinenfabrik Deutschlands.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Zwei kleine Wohnungen frei!
Feldstr. 18
langfristiges Geld
5500-40000- RM. Darlehen über Sparkasse von Kreditstelle günstig. Eintragungen unter H. D. 886 an Rudolf Wölfe, Halle/S.

Herzasthma und Schwindelanfälle
Mittels Frau litt seit mehreren Jahren an Herzasthma und Schwindelanfällen und teilte Ängsten mit, daß sie mit ihrem zehnjährigen Söhne im Jahre 1928 verunglückt sei. Später wurde sie durch ein Mittel angesetzt, aber ohne Erfolg. Nachdem sie ein halbes Dutzend Kräuterpulver nimmte, fühlt sie sich viel wohler. So schreibt Schulte, Halle a. S., Hülberberg 3, am 21. Oktober 1932.
Hülber's Indisches Kräuter-Pulver besteht aus 10 verschiedenen meist indischen Kräutern. Absolut unschädlich. Es hat sich schon tausendfach bewährt bei: Aderverkalkung, Asthma, Herzbeschwerden, Hämorrhoiden, Leber- u. Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, rheumatische Kopf- und Rückenschmerzen, Blutreinigung, Hautausschlag, Stoffwechselerkrankungen, Rheuma, Leichter Schachtel 3.- M., reicht 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pf. Vorher in der Apotheke in Nebr., auch in den Apotheken in Rossleben, Laucha, Querfurt, Mäschke, Wiehe. Nachher

Halten Sie

Ihre Zeitung
mehr oder weniger 25-30 cm vom Auge ab, um deutlich und mühelos lesen zu können? Ermüden Sie dabei oft leicht? Dann sind Sie **fahrsichtig** und müßten sich Ihr Sehvermögen bald korrigieren lassen, um sich nicht nur wieder den vollen Genuß Ihrer Lektüre zu verschaffen, sondern um auch durch besseres, müheloses Aufnehmen aller wichtigen Erscheinungen der Umwelt leistungsfähiger zu werden.
Ich berate Sie gern fachmännisch und erwarte Ihren baldigen Besuch.
Rud. Gabriel, staatl. geprüft. Optiker
Rossleben

Zum Sehen geboren - Zum Schauen bestellt

3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in 1

Reicher Inhalt
Über 100 Seiten Umfang
Viele Bilder
Farbprächtige Kunstblätter
Preis nur 1,50

Der Türmer
Deutsche Monatshefte Die Bergstadt
Ein Jahrgang bringt eine ganze Baderlei und Bilderfamulta: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Tafeln und Gedichtern, gen aus allen Gebleten, viele Bilder und farbprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beliebigen billigen Preis von nur 1,50 monatlich, so vortreffliches bietet!

Gutschein
An der Verlag Heinrich Stenken Berlin, SW 19
Bitte senden Sie mir kostenlos die schöne Zeitschrift „Der Türmer“ zum monatlichen Preis von M. 1,50 zu liefern.

Bestellschein
An die Buchhandlung
Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer“ zum monatlichen Preis von M. 1,50 zu liefern.

Ort und Datum:
Name:
Verreter gesucht!

Eine Freude für das deutsche Haus!
Buchhandlung Wilh. Sauer, Rossleben

Kristall glitzert in tausend Lichtern



Porzellan schimmert perlengleich - pflegen Sie beides immer mit **(IMI)** Niemals zuvor zeigten Ihre Obstschalen, Vasen, Aufsätze, Bowlen und farbiges Kunstglas ein solches Feuer, ein solch schillerndes Kleid. Heimkultur für wenige Pfennige durch das unvergleichliche **(IMI)**.

Beim Geschirraufwaschen genügt ein Kaffeelöffel **(IMI)** für eine normale Aufwaschschüssel. So ergibt sich es!



zum Aufwaschen. Spülen. Reinigen für Geschir und alles Hausgerät!



Hergestellt in den Persilwerken.

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrä: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Wm. Weig), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Völkischkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebrä — Bantverein Arien.

Nr 139

Sonabend, den 19. November 1932

45. Jahrgang

Die plötzlich ausgebrochene Krise

Negative Parteiführerempfang am Bußtag — Entscheidende Konferenz des Kanzlers bei Hindenburg

Rücktritt des Gesamtkabinetts

Rücktritt des Gesamtkabinetts

Reichspräsident von Hindenburg hat im Verlauf der Unterredung mit dem Reichskanzler von Papen am Donnerstag den Gesamttritt des Kabinetts von Papen angenommen.

Vor der Entscheidung

Die Krise der Reichsregierung.

Berlin, 18. November.

Zu äußerst wichtigen Beratungen vor das Reichskabinett um 11 Uhr zusammengetreten, es sollen Beschlüsse gefasst werden über die Erklärungen, die der Kanzler in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten nach dem Scheitern der Verhandlungen über die nationale Konzentration abgegeben hatte.

Der Reichspräsident wird aber nach Auffassung politischer Kreise nicht ohne weiteres den Gesamttritt des Kabinetts entgehen lassen, er wird wahrscheinlich erklären, daß ihm die Aufgabe, das das Kabinett für den Fall der Bildung einer nationalen Konzentration zum Rücktritt bereit sei, entliege.

Er werde nunmehr die Führer der Parteien, die für eine nationale Konzentration nach seiner Auffassung in Betracht kommen, empfangen.

In diesem Falle würde das Kabinett auf den Gesamttritt verzichten. Es würde das Kabinett dann die Bereitschaft zum Rücktritt für den Fall erklärt haben, daß die Verhandlungen des Reichspräsidenten Erfolg haben.

Der Reichspräsident ist entschlossen, eine Klärung der innerpolitischen Lage in wenigen Tagen herbeizuführen. Ob er für die Verhandlungen zur Bildung der nationalen Konzentration einen besonderen Auftrag erteilen oder ob er die Parteien bitten wird, untereinander Führung zu nehmen und ihm bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Bericht zu erstatten, steht noch nicht fest.

Im jeden Fall wird der Reichspräsident als Grundlage der nationalen Konzentration die Weiterführung der Außenpolitik des jetzigen Kabinetts, die Weiterführung des Wirtschaftsprogramms und eine völlige Einigung der in Betracht kommenden Parteien über ein Programm für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordern.

Die Ansichten der Verhandlungen über die nationale Konzentration werden in politischen Kreisen als nicht besonders günstig angesehen.

Man erwartet bereits, was für den Fall des Scheiterns dieser Verhandlungen zu geschehen hat, wobei natürlich nur Maßnahmen besonders enger Natur in Betracht kommen, die davon dürfen wir überzeugt sein, vom Reichspräsidenten, der allein die Verantwortung trägt, mit der ganzen Gewissenhaftigkeit, die ihm stets auszeichnet, behandelt würden.

Die Haltung des Zentrums

Die Zentrumsführer haben dem Reichskanzler nachfolgende Ausführungen überreicht:

„Der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren Lage ist die Bildung einer Regierung, die in voller Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten und einer zielbewußten, harten Staatsführung die jetzt Monotonie unterbrochene Verbindung mit der Volkserrettung wiederherstellt und sich in einer festen Mehrheit den unentbehrlichen Rückhalt schafft.“

Nur so kann eine friedliche und organische Weiterentwicklung im politischen Leben der Nation gesichert werden. Nur so kann der deutschen Wirtschaft die Ruhe gesichert werden, die wesentliche Voraussetzung ihrer Erholung und ihres Aufstiegs ist. Nur so kann Deutschland in die weltwirtschaftlichen Auseinandersetzungen um seine Gleichberechtigung und finanzielle Wiedereingliederung mit der Autorität eintreten, welche die Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der außerpolitischen Widerstände verlangt.“

Die Zusammenfassung der politischen Kräfte zu einer starken Hof- und Arbeitsgemeinschaft, deren Bildung sachlich durchaus möglich ist, bleibt unter der gegenwärtigen politischen Führung und im Rahmen des gegenwärtigen Kabinetts ausgeschlossen. Hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß die Reichsregierung ohne weiteren Verzug durch eine freiwilligen Schritt ihrerseits dem Herrn Reichspräsidenten den Weg für die Durchführung der großen Sammelaktion frei macht.

Die Deutsche Zentrumspartei stellt für das Ziel der Schaffung einer starken, volksverbundenen Regierung und für die bestmögliche Durchführung ihrer Aufgaben die bestverfügbare verantwortbare Mitarbeit zur Verfügung.“

Die Taktik der NSDAP

Die Nationalsozialisten sollen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß eine gezielte Unterredung zwischen Adolf Hitler und dem Reichskanzler von Papen nicht in Frage komme. Die Ereignisse am Bußtag scheinen den Führer der NSDAP veranlaßt zu haben, seine diesmalige Berliner Reise nicht besonders zu beschleunigen.

Es verleiht, daß die maßgebenden Persönlichkeiten der NSDAP eine Testfrage ausgearbeitet haben, die man als nationalsozialistisches Regierungsprogramm ansprechen könnte und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Partei es vorsehen werde, statt einer persönlichen Unterredung Hitler—von Papen dem Reichskanzler diese Denkschrift überreichen zu lassen.

Die Einladung, die Herr von Papen zu einer Unterredung mit Adolf Hitler ergab, ließ, sei lediglich mit einer Empfangsbefähigung beantwortet worden. Dagegen soll Hitler für eine Unterredung mit Hindenburg sich jederzeit vorbehalten wollen.

Zugung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Im Reichstag trat die neuverwählte sozialdemokratische Fraktion fast vollständig zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst erlosch Dr. Reichshagen einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage. Er begründete dabei insbesondere den Beschluß des bisherigen Fraktionsvorstandes, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer politischen Aussprache nicht Folge zu leisten.

Papen zurückgetreten

Berlin, 18. November.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration geflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammenlegung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet ersehen, den Zusammenstoß dieser Kräfte zu vermeiden. Die SPD hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterredung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft ablehnt. Die NSDAP hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnte, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einwirkung aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr von Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, in bestem vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hand des Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei, ohne den Grundgedanken autoritärer Staatsführung preiszugeben, nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücktritt auf Personen in dieser so ersten Stunde keinen Raum haben sollte. Sie wünscht, dem Reichspräsidenten den Weg völlig frei zu machen, damit er als Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.“

Hindenburg empfängt die Parteiführer

Mit der Annahme der Demission des Reichskabinetts von Papen ist die weitere innenpolitische Entwicklung nun in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Er wird in Besprechungen mit einer Reihe von führenden Politikern nachzusehen, sobald wie möglich einen Ausweg aus den außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu finden. Eine Behlenzung dieser Bemühungen ist nach Auffassung der maßgebenden Kreise schon deshalb notwendig, weil vor allem das Interesse der deutschen Wirtschaft eine möglichst baldige Beendigung des jetzt beginnenden Zwischenstadiums erfordert.

Darum werden die ersten Besprechungen auch bereits am heutigen Freitag stattfinden, und zwar hat der Reichspräsident für heute die Abgeordneten Hugenberg, Raas und Dingeldey zu sich bitten lassen. Alle drei Herren haben auch bereits zugefagt, für Sonnabend sind telegraphisch Adolf

Hitler und Dr. Schäfer von der Bayerischen Volkspartei, die sich noch in München aufhalten, eingeladen worden. Die Sozialdemokraten sind nicht eingeladen worden. Als Begründung dafür wird der Ton und der Inhalt der Antwort angegeben, die sie dem Reichskanzler gegeben haben.

Gegenstand der Besprechungen mit den Parteiführern wird nicht nur die Reichentlage, sondern auch das wirtschaftliche und politische Programm einer künftigen Regierungspolitik sein. Die Verhandlungen mit den Parteiführern werden sich in zwei Etappen vollziehen. In der ersten wird der Reichspräsident mit den obenbezeichneten Politikern einzeln verhandeln. Diese Verhandlungen sind als Vorbesprechungen gedacht. Es soll damit der Eindruck vermieden werden, als wolle man die Parteiführer gewissermaßen überrennen. Der Reichspräsident will zunächst ihre Ansichten hören. Er wird Wert darauf legen, daß sie vorläufig in Berlin bleiben und nach den Vorbesprechungen mit ihm untereinander Führung nehmen, so daß Anfang nächster Woche die zweite Etappe der Verhandlungen einleiten kann, in denen sie dem Reichspräsidenten Bericht abgeben. Neben dem Inhalt der einzelnen Besprechungen soll zunächst nichts bekanntgegeben werden. Die Parteiführer werden gebeten, nichts darüber in die Öffentlichkeit zu bringen, bis ein Ergebnis vorliegt, damit die Verhandlungen nicht durch vorzeitige Mitteilungen gefährdet werden.

Nach dem Plan des Reichspräsidenten wird damit gerechnet, daß dieses Ergebnis bereits für Mitte nächster Woche zu erwarten ist, das heißt, daß die Verhandlungen bis dahin zum Abschluß gekommen sind und der Reichspräsident dann seine Entscheidungen über die Neubildung der Reichsregierung treffen kann.

Neues Präsidialkabinett erstreckt

Berlin, 18. November.

Wie verlautet, hält Reichspräsident von Hindenburg auch weiterhin an dem Grundgedanken des Präsidialkabinetts fest. Als feststehend gilt ferner, daß der Außenminister des Kabinetts Papen, Freiherr von Neurath, auch dem neuen Ministerium als Außenminister angehören wird. Man erwartet dabei darauf, daß der offizielle Standpunkt in der Abwärtsfrage z. B. allgemein gebilligt wird. Im übrigen wird das neue Kabinett selbst sein Programm entwerfen müssen; Änderungen an dem Programm der Reichsregierung werden nicht in Betracht kommen.

Freitag nachmittags, nicht vor allem die Reichspräsidenten mit zwischen Reichstag in Stellung nimmt. Es ist, die die Zustimmung vorliegen Reichstag unanständig.

Präsidenten.

Angang von Gronau angeseher Ober von ihrer Frey Altsiedler, die den Bericht über die Anerkennung vorragenden Bürgern.

Präsidenten zu Ausschreibung wieder seine Würde mit Schmachlichter die Hindenburg, Sternchen wurde anfenhaus gebracht werden mußte. Die Universität wurde darauf geräumt. Die Rundgebungen liegen sich vor dem Gebäude fort. Politische räumten daraufhin den Universitätsplatz. Der Rektor teilte mit, daß die Universität bis auf weiteres geschlossen sei. Der Rest der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität, Professor Dr. Walder, hat im Zusammenhang mit den Vorfällen die Defensionsgefährde abgegeben und um ministeriellen Schutz gebeten. Diesen Schritt begründet er mit Verdächtigungen gegen seine Person in einem Breslauer Blatt.

Auslands-Rundschau

Aushebung des Danziger Ermächtigungsgesetzes.

Der Hauptausfluß des Danziger Volkstages beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten die Aushebung des Ermächtigungsgesetzes, das am 28. Juni